

Macht und Freiheit [Schluss]

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **18 (1917)**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-763960>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

MACHT UND FREIHEIT

(Schluss.)

Machtpolitik und Freiheit — das lehrt ein Blick auf das Schicksal der Demokratie in den großen Machtstaaten — entspringen zwei Grundauffassungen und drücken zwei Tendenzen aus, die sich gegenseitig ausschließen, begrifflich wie praktisch, und der Demokratie, will sie sich nicht selbst aufgeben, bleibt gar nichts anderes übrig, als sich auf ihr wahres Wesen zu besinnen und die Folgerung daraus zu ziehen, die nur in dem radikalen Bruch mit allem imperialistischen und militaristischen Wesen bestehen kann.

Nun erhebt sich aber eben von demokratischer Seite entschiedener Widerspruch gegen die Gültigkeit des Satzes, dass erfolgreiche Machtpolitik nach außen keine freiheitlichen Staatsformen im Innern vertrage und dass man daher auf die Geltendmachung demokratischer¹⁾ Forderungen mehr oder weniger verzichten müsse, wenn man den Staat nach außen hin stark erhalten wolle. So stellt sich beispielsweise Hans Morf in seinem Buch *Demokratie und Krieg in Frankreich* (Raschers Verlag, Zürich) geradezu die Aufgabe, am französischen Muster nachzuweisen, „dass der Staat auch auf der demokratischen Entwicklungsstufe die höchste Kraft entfalten kann, und dass niemand vor der Einführung und Durchführung der Demokratie zurückzuschrecken braucht aus Furcht, das Vaterland werde dann leichter die Beute von Staaten, die nach andern Grundsätzen eingerichtet sind“. Mit Nachdruck bestreitet er Marcel Sembats Entweder-Oder: „Faites un roi, sinon faites la paix“; an einem reichen Erfahrungsmaterial zeigt er, wie die Republik und der Freiheitsgedanke für Frankreich gerade eine Quelle höchster Kraftentfaltung waren und sind, und dass es der Glaube an die Demokratie ganz eigentlich war, der Frankreich gerettet hat. Das sind allerdings Tatsachen; deren Wahrheit sich niemand ohne Schaden an seiner politischen Seele verschließen kann — — aber ist damit Sembat wirklich widerlegt? Morf lässt uns doch lediglich sehen, dass die demokratische Staatsform in Frankreich auch ihre

¹⁾ „Freiheit“ und „Demokratie“ möge uns synonym zu gebrauchen erlaubt sein, obwohl sich Demokratie streng genommen nur mit Freiheit *im* Staate deckt, nicht aber mit Freiheit *vom* Staat (Individualismus). Demokratie ist dann eben die Staatsform, die beide Arten der Freiheit verwirklicht.

hervorragend guten Seiten für die nationale Machtentwicklung hat, nicht aber, dass sie *nur* gute Seiten habe. Nach der gleichen Methode könnte man auch „beweisen“ — und wird ja auch „bewiesen“ —, dass Deutschland seine erfolgreiche Selbstbehauptung in diesem Krieg seiner autokratischen Struktur verdankt, ohne dass doch wirklich schlüssig dargetan wäre, dass keine andere Staatsform die Feuerprobe eines Kriegs wie des gegenwärtigen bestehen könne. In der Tat scheint Morf auch die der französischen Kriegführung aus den demokratischen Formen, besonders der Schwerfälligkeit der parlamentarischen Maschine, erwachsenen Hemmungen nicht zu übersehen, wenn er sie auch nicht entfernt so scharf ins Licht stellt wie die Förderung, die dem französischen Kriege dadurch zuteil geworden; und auch die andere Seite, die Hemmungen der Freiheit durch die Kriegsnotwendigkeiten, tritt nicht deutlich hervor, mit Ausnahme der Unterdrückung der Pressfreiheit, auf die allerdings in dem Buch ein grelles Schlaglicht fällt. Im ganzen nimmt Morf offenbar ein Nebeneinander von machtfördernden und machthemmenden Wirkungen der Freiheit an, die dann eben so gut es ginge in Einklang zu bringen wären, und von denen sich bald die einen, bald die andern geltend machten, nicht nur je nach der Eigenart und geschichtlichen Wesenheit der verschiedenen Staaten, sondern gleichzeitig im selben Staat zusammen.

Radikaler ist hier Professor Hugo Preuß in seiner Untersuchung über die Zusammenhänge von innerer Staatsstruktur und äußerer Machtstellung (mit einem andern Vortrag in seiner Schrift *„Obrigkeitsstaat und großdeutscher Gedanke“* bei Eugen Diederichs in Jena erschienen). Er leugnet rundweg die Abhängigkeit innerer Freiheit vom Fehlen äußeren Druckes, wie das Professor Seeley, der Herold des britischen Imperialismus, mit seinem bekannten Satz behauptet hat: „Das Maß von Freiheit in den Staaten muss normalerweise umgekehrt proportional sein dem militärisch-politischen Druck, der auf ihren Grenzen lastet“, so dass also ein Staat militärisch und politisch um so kraftvoller dastünde, je mehr er in seinem inneren Aufbau einen obrigkeitlichen Charakter festhielte, während eine freiheitliche Staatsorganisation Machtentfaltung nach außen nur hindere. Mit vollem Recht kann Preuß den Anhängern des Seeleyschen Satzes entgegenhalten, dass nach ihrer Lehre eigentlich das damals noch grundsätzlich autokratisch organisierte

Russland der stärkste Feind der Mittelmächte sein müsste, Frankreich und England aber leicht zu nehmen sein sollten, während die Erfahrung doch so ganz anders sei; er sucht Verständnis zu wecken für die großen außenpolitischen Machtwirkungen, die gerade von der freiheitlichen inneren Staatsstruktur Englands ausgegangen sind und weiter ausgehen, und weist auf das Gegenteil politischer Anziehungskraft hin, das Deutschland auf die freiheitlich gesinnte Bevölkerung der deutschen Schweiz und Hollands ausübt; und die Erinnerung an die Stein-Hardenbergschen Reformen, die durch Befreiung von alter Gebundenheit die Volkskraft von innen heraus gegen den äußeren Druck wirksam werden zu lassen strebten, ist ebenso angebracht, wie die Machtentfaltung des revolutionären Frankreich im Kampf mit den Mächten der Legitimität gegen Seeley spricht.

Aber wiederum: hier ist einzig widerlegt, dass Freiheit die Machtentfaltung immer hindere — was ja streng genommen Seeley selbst auch nicht behauptet —, nicht aber, dass sie oft diese Wirkung ausübe und dass umgekehrt Machtentfaltung häufig keine rechte Entwicklung der Freiheit dulde. Dem Historiker, der die geschichtlichen Erscheinungen als gleichmäßig wirkenden Gesetzen folgend zu begreifen trachtet, muss nun freilich eine Erklärung derart, dass eben der Freiheit eine machtfördernde wie eine machthindernde Wirkung innewohne, ebenso widerstreben wie dem Politiker, der eine einheitliche Willensrichtung auf Grund einer nicht schon in sich selbst gebrochenen Lebensanschauung braucht, und darum ist Preuß' Stellung psychologisch wohl zu verstehen. Aber würde in solcher Erklärung nicht auch der Denkfehler stecken, dass für nur anscheinend gleiche oder verwandte Begriffe doch die gleichen Bezeichnungen gebraucht werden? Nicht dass etwa der Seeleysche Satz nur für die individualistische Freiheit gälte, während er auf die demokratische Freiheit nicht zuträfe; denn bei England z. B. war es doch vorwiegend das hohe Maß seiner persönlichen Freiheit, das ihm allenthalben diese Hochachtung eingebracht hat, wie noch heute etwa die trotz dem Krieg aus England noch nicht verschwundene Press- und Redefreiheit schlechthin imponiert und der britischen Kriegführung weit mehr nützt als schadet. Die Unstimmigkeit liegt vielmehr in dem Doppelsinn des Ausdrucks „Machtentfaltung“, der tatsächlich zwei Begriffe deckt, die ein prinzipieller Gegensatz trennt.

Macht kann ja doch — und hier stoßen wiederum die beiden Staatsauffassungen und Lebensanschauungen zusammen, von deren grundsätzlicher Verschiedenheit schon früher die Rede war — auf doppeltem Weg erstrebt und gewonnen werden. Entweder direkt, wenn man das Leben und Wesen des Staates selbst als Macht ansieht, die Machtgewinnung und -Erhaltung also für den Daseinszweck des Staates hält, hinter dem alle andern Zwecke als nicht lebensnotwendig unbedingt zurückzustehen hätten. Oder indirekt, wenn man die Größe und das Leben des Staates in den geistigen und sittlichen Werten sucht, die er hervorbringt, Macht aber nur als eine nun einmal noch nicht zu entbehrende materielle, relative Bedingung mit in Kauf nimmt, die sich jedoch überall dort von selbst einstellt, wo die absolute Staatsidee verwirklicht ist oder ihre Verwirklichung aufrichtig erstrebt wird. Wenn wir uns dieses Unterschieds bewusst sind, verstehen wir, warum der Machtstaat die Tendenz hat, die aus einer andern Welt kommende Freiheit zu unterdrücken, und können jetzt auch unbefangen zugeben, dass in der Tat äußere Machtpolitik durch eine freiheitliche Innenstruktur gehemmt wird. Aber ebenso wissen wir nun auch, weshalb die Staaten, die ihre Aufgabe und Daseinsberechtigung in der Schaffung und Pflege geistiger Güter sehen, wozu die Verwirklichung von Freiheit mit in erster Reihe zählt, auch nach außen hin stark und gesichert sind und dass sie gegenüber Staaten, „die nach andern Grundsätzen eingerichtet sind“, nur dann nicht sich zu behaupten oder entscheidend durchzudringen vermögen, wenn ihre Demokratie bloß mehr oder weniger erstarrte äußere Form, ideologische Einkleidung für eine tatsächlich gleichfalls machtpolitisch orientierte Politik geworden ist, statt innerlich erfasstes Leben geblieben zu sein. Und schließlich wissen wir jetzt auch, dass wir nicht mehr einen Kompromiss zu schließen brauchen zwischen Machtpolitik und Freiheit, bei der die Freiheit doch immer zu kurz kommen muss, ohne dass die Macht dauernd gesichert wäre, denn wir haben die Machtpolitik gar nicht mehr nötig, sondern kennen einen köstlicheren Weg, der uns die Freiheit bewahrt und trotzdem, ja eben darum auch äußere Macht finden lässt; wir sind nicht mehr vor die Wahl gestellt: Freiheit *oder* Macht, suchen auch nicht mehr Freiheit *und* Macht neben einander, oder gar Freiheit *durch* Macht, sondern gewinnen *durch Freiheit*,

die uns Selbstzweck ist, *auch die nötige äußere Macht* — durch Weimar kommen wir über Potsdam hinaus.

* * *

Wenn wir uns nun noch rasch zusammenfassend vergegenwärtigen, wie sich die *Machtwirkungen der Freiheit* praktisch geltend machen, so wollen wir im Auge behalten, dass die im Volksstaat verwirklichte individualistische Freiheit, die den Einzelmenschen von allen außerhalb seiner selbst liegenden Hemmungen losmachen will, ebenso wie die demokratische Freiheit, die den Bürger durch Teilnahme an der staatlichen Willensbildung vor der Beugung unter irgendwelchen Sonderwillen schützen will, in der möglichsten Steigerung der Leistungsfähigkeit jeder Persönlichkeit ihr Ziel erblickt und ihre Rechtfertigung findet. Weil darum der Bürger an seinem Staat wirklich ein unentbehrlich wertvolles Gut besitzt, weil er in den staatlichen Einrichtungen lediglich die gemeinsamen Veranstaltungen zur Förderung seines persönlichen Wohls erkennt und er diese gemeinsamen Veranstaltungen selbst einsetzt und überwacht, so ist er auch zu den höchsten Opfern bereit, um sich dieses Gut zu erhalten: im Frieden durch willige Leistung der zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben nötigen Geldbeiträge, im Krieg auch durch Drangabe seines Einzeldaseins für das Weiterbestehen der Gemeinschaft, denn die Freiheit ist ihm lieber als selbst das Leben. Wo alles *für* das Volk geschieht und alles *durch* das Volk, da kommt auch alles *aus* dem Volk, was in ihm steckt. Und das Bewusstsein der Verbundenheit zum großen gemeinsamen Leben und Kämpfen schafft von selbst, daheim wie im Heer, auch die freiwillige Ein- und Unterordnung jedes Einzelnen unter die Zwecke der Gesamtheit, die keine noch so scharfe obrigkeitliche Disziplinierung möglich macht. Die „Wandlung“, die das englische Volk in diesem Krieg durchgemacht hat, zeigt ja deutlicher als alle Theorie, welcher Selbstentäußerung in schwieriger Lage gerade ein freiheitsgewohntes Volk fähig ist.

Indem aber der demokratische Staat alle Kräfte seiner Bürger frei macht, gewinnt er selbst als die Organisation all dieser Einzelkräfte für seine eignen Betätigungsformen die höchste Kraft und Leistungsfähigkeit. Selbstregierung des Volks heißt hier Heran-

ziehung und Nutzbarmachung aller Volkskräfte zur Lösung der gemeinsamen Aufgaben, und der Erfolg ist um so stärker, je leichter und normaler sich der Aufstieg der Tüchtigkeit an die Stelle vollzieht, wo sie im Dienste der Allgemeinheit das Beste zu geben vermag. Die unschätzbare Arbeit, die in den so gern verspotteten zahllosen englischen committees oder den französischen und deutschen Parlamentsausschüssen geleistet wird, ist dafür nicht minder bezeichnend als die gewaltige Förderung der Kriegswirtschaft, die von den deutschen und russischen Selbstverwaltungskörperschaften ausgeht, während die bürokratische Verwaltungsorganisation in Deutschland ebenso wie in Russland auf diesem Gebiet völlig versagt hat. Die russische Revolution hat ja eine ihrer Hauptquellen gerade darin, dass sich das konservativ-absolutistische Regime als unfähig zur Bewältigung der ihm vom Krieg gestellten Aufgaben erwiesen hat, und die Überzeugung der Anhänger der neuen Ordnung war umgekehrt, dass die russische Kriegführung gewaltig gewinnen werde, wenn ein demokratisches Regiment all die reichen geistigen und materiellen Kräfte erschließe und nutzbar mache, die im russischen Volk und Land ruhen.

Die Reibungen im staatlichen Organismus ferner — das ist eine Erfahrungstatsache — werden bei parlamentarischen Regierungsformen und gleichmäßigen Bürgerrechten auf ein Mindestmaß heruntergedrückt; statt einer unverantwortlichen, mit trüben Mitteln arbeitenden Opposition bildet sich gewissermaßen als Staatseinrichtung eine verantwortungsvolle Kontrollierung und Kritisierung der Regierungstätigkeit heraus, die namentlich dann wirklich aufbauend und fruchtbar sein kann, wenn nicht durch Zensur und Beschränkung der Redefreiheit die Feststellung und Verbreitung der Wahrheit kurzfristig verhindert und ein notwendiges Sicherheitsventil, durch das manche Spannung ungefährlich abziehen könnte, im Unverstand verschlossen wird. Alle Aktionen der Regierung werden so vom Volkswillen getragen und ziehen daraus für ihre Geschlossenheit und Wucht unvergleichlichen Gewinn. Ja auch vom Ausland her strömen dem freiheitlich organisierten Volksstaat Kräfte zu, deren Bedeutung kaum überschätzt werden kann; die diplomatischen Vertreter Deutschlands in freiheitlich gesinnten Ländern werden wohl darüber allerlei Erfahrungen gesammelt haben und hoffentlich auch dazu beitragen, dass an der Zentralstelle dieser

Seite internationaler Machtwirkung mehr Verständnis entgegengebracht wird als bisher. Gewiss kann erfolgreiche Kriegführung auf ein gewisses Maß von autokratischen Formen nicht verzichten, da eben der Krieg einer Welt angehört, in der die Freiheit ein fremder Gast ist. Aber ein demokratisch organisierter Staat entwickelt auf der andern Seite gerade auch im Kriegsfall aus sich selbst heraus eine solche Fülle von Stärke, dass die aus dieser seiner Struktur entspringenden Hemmungen geringfügig erscheinen im Vergleich zu der Schwungkraft, die die gleiche innere Verfassung aus sich heraus erzeugt, und als wesentliches Ergebnis bleibt uns doch die Erkenntnis, dass eine Volksgemeinschaft, die ihr Ziel und ihre Größe in der Erarbeitung geistiger Güter — Freiheit, Brüderlichkeit, Gerechtigkeit, Bildung — sucht, auch in ihrem materiellen Dasein deswegen nicht zurückkommt, sondern eben dadurch vorwärts getragen und in die Höhe gehoben wird.

Seine logische Ergänzung findet dieses, wenn man so will, individualistische Prinzip für das Leben der Völker im sozialen oder eigentlich demokratischen Gedanken. Wenn sich jedes Volk als geistige Wesenheit erkennt, deren Leben nicht von materieller Macht abhängt, dann sieht es auch in den andern Völkern nur wieder andere geistige Individualitäten, deren Achtung ihm so selbstverständlich ist wie die Achtung des eigenen Wesens durch die andern, weil eben beides Tatsachen sind, die nicht ungestraft missachtet werden können, deren Anerkennung vielmehr die Grundlage jedes Gemeinschaftslebens ausmacht. Auf dieser Grundlage ist kein wie immer geartetes Gewaltverhältnis zwischen den Völkern und Staaten möglich. Kein Volk sucht seine Art mit Gewalt durchzusetzen, da dies seinem wirklichen Wesen widerspricht, das nicht auf derartige Mittel angewiesen ist. Vielmehr sucht es sein eigenes Wohl dadurch zu fördern, dass es sich an die Sache der *Menschheit* verliert, mit der es aufs innigste verknüpft ist, und von der aus es allein auch für sich selbst das Gute erwartet. Und es fürchtet auch nicht zu kurz zu kommen, wenn es sich nicht auf Kosten eines Andern vordrängt, sondern gibt lieber einen Augenblicksvorteil preis und gewinnt dafür eine Festigung seiner moralischen Stellung, während die Verkürzung des Rechtes der Andern diese nur fortwährend in Feindseligkeit und Empörung hält und so seine Sicherheit auf die Dauer doch nicht gewährleistet. Auch hier also nicht: Macht

vor Recht, auch nicht Recht *neben* oder gar *durch* Macht, sondern *Macht durch Recht*.

* * *

Es liegt auf der Hand, dass bei solcher Auffassung vom Staat und vom Völkerverhältnis das ganze herrschende System der Politik unhaltbar wird. Die Politik ist ja nun nicht mehr in erster Linie auf die Abwehr des „Feindes“ eingestellt, denn jedes Volk weiß, dass die Kraft seines nationalen Lebens nicht mehr auf militärischer und wirtschaftlicher Macht beruht, auf deren Wahrung und Festigung es darum allezeit bedacht sein müsse, sondern dass es am ersten nach der Mehrung seiner geistigen und sittlichen Güter zu trachten hat, deren Besitz ihm niemand schmälern kann, und dass ihm als die materielle Auswirkung dieses Besitzes die notwendige äußere Macht von selbst in den Schoß fällt. Damit verändert sich der ganze Charakter des Heerwesens, das nun nicht mehr der Grund- und Eckstein des Staates, der Heiland und Abgott des Volkes ist, sondern nur mehr ein vorerst noch nicht entbehrlicher Notbehelf, der den höheren Staatszwecken dienen muss, anstatt selbst den Staat zu beherrschen. Und da keinerlei Machtkonkurrenz zwischen den Völkern mehr besteht, sondern sich der Wettkampf auf geistigem Gebiet abspielt, kehrt auch das gegenseitige Vertrauen der Völker zueinander wieder, deren jedes vom andern annimmt, dass es nur erstrebe, was man selber erstrebt: die Entfaltung seiner ideellen Wesenheit. Das führt dann von selbst zur politischen Annäherung derjenigen Staaten, die innerlich miteinander verwandt sind, statt dass so kulturwidrige Bündnisse geschlossen werden wie etwa zwischen den Westmächten und dem zarischen Russland oder den Mittelmächten und der Türkei, Allianzen, die rein machtpolitisch und wirtschaftlich orientiert sind, beziehungsweise waren. Die Krönung dieser Auffassung des Völkerverhältnisses wird aber schließlich die Errichtung einer allumfassenden Staatengemeinschaft bilden, die die adäquate Rechtsform für den neuen Geist sein wird, der nun die äußere Politik der Staaten beherrscht.

Wie grob muten einen im Angesicht derartiger Perspektiven all die „*Kriegsziele*“ an, die man heute aufstellt und um die man sich blutig schlägt! Welche Verkennung der wahren Wirklichkeiten liegt in dem Bemühen, sein eigenes nationales Leben durch Ver-

änderungen der geographischen Staatsgrenzen zu sichern und das der Andern durch gleiche Mittel oder durch Eingriffe in die bisherige äußere Ordnung ihres Daseins zu beschränken oder zu unterbinden! Eine Politik, die auf solchen Scheinwirklichkeiten aufgebaut ist, ist von vorneherein zum Einsturz bestimmt und wird solange erschütternden Katastrophen ausgesetzt sein, bis sie sich entschließt, sich auf *die* Tatsachen zu gründen, die nicht erschüttert werden können und die keiner Störung noch Zerstörung von außen her unterworfen sind: die geistige Wesenheit der Völker und ihr inneres Verbundensein durch das sie alle umschließende Band der Menschheit. Wenn man in diesem Sinn ein Kriegsziel aufstellen will, dann könnte es nur lauten: *Demokratie!* Demokratie zunächst als Folge des gewaltigen Kriegserlebnisses für die innere Politik, in der es für die Leiter jedes Volkes nach des deutschen Reichskanzlers Worten gilt, „den richtigen politischen und staatlichen Ausdruck für das zu finden, was dieses Volk ist.“ Demokratie dann aber namentlich auch als Förderung der äußeren Politik des Staates, der um so kraftvoller und mächtiger dasteht, je vollkommener die Freiheit im Innern verwirklicht ist. Damit ist gleichzeitig auch die Bahn freigemacht für die Anwendung des demokratischen Gedankens auf die internationalen Beziehungen; denn ist die Herrschaft des Machtstaatsbegriffs im Innern gebrochen, dann wird die demokratische Auffassung auch das Völkerverhältnis dem Rechtsgedanken unterwerfen.

Der Krieg ist der Zusammenbruch der undemokratischen, weil materialistisch gedachten innern und äußern Politik, der alle Großmächte gehuldt haben, so sehr auch einige von ihnen überzeugt sind, ihre äußere Politik sei, entsprechend den Formen ihrer inneren Politik, kerndemokratisch und diene der Sache des Geistes und des Rechts; die erste Friedensaufgabe wird darum sein, die in einer allgemein geistigen Lebensanschauung verankerte demokratische Staatsauffassung neu zu begründen und im Kampf mit den sich voraussichtlich mächtig aufbäumenden Gewaltgeistern zum Sieg zu führen. Kein Volk kann sich bei diesem Ringen mit den dunklen Kräften in seiner eigenen Seele ausschließen, mag auch die Fragestellung und die Aufgabe überall wieder etwas anders lauten.

Es wäre darum auch eine verhängnisvolle Täuschung, wollte man annehmen, die uns gestellte Aufgabe könne mit einer Demo-

kratisierung der äußeren Verfassungsform gelöst werden, denn die Voraussetzung, von der ein so mechanisches Verfahren ausginge, dass nämlich die demokratische Gesinnung schon vorhanden sei und es allein auf die Herstellung des Ausgleichs von Form und Inhalt ankomme, wäre durchaus Irrtum. Wo die demokratischen Formen fehlen, da beweist dies eben, dass die freiheitliche Gesinnung noch nicht stark genug ist, um sich diese Form von innen heraus zu schaffen, ist doch beispielsweise nicht einmal das, was in Deutschland an Volksrechten vorhanden ist, der Ausdruck eines entsprechend fortgeschrittenen öffentlichen Bewusstseins: das gleiche Reichstagswahlrecht vor allem hat nicht der Liberalismus aus eigener Kraft errungen, sondern ist ihm von einem Stärkeren gegeben worden, der mit richtigem Blick die Machtwirkungen dieser Freiheitsakte erkannte und damit sein Lebenswerk gesichert hat. Wie wenig aber umgekehrt demokratische Formen allein nützen, wo der lebendige Geist verloren gegangen ist, das sieht man in den parlamentarisch regierten Ententeländern -- England, Frankreich, Italien, Rumänien, Portugal — deren imperialistisches und nationalistisches Machtstreben ihre demokratischen Prinzipien längst überwuchert und ihre demokratischen Formen entweder durchbrochen hat oder mit ihnen in dauerndem Konflikt lebt. *Gesinnung* gilt es vor allem zu wecken und zu stärken, die zugehörige Form bildet sich dann von selbst heraus; die schönste Form aber ist wertlos, ja schädlich, wenn sie nur den innewohnenden Geist der Machtpolitik verhüllt, der sich in einer mehr oder weniger autokratischen Regierungspraxis das Werkzeug, dessen er bedarf, stets irgendwie zu verfertigen weiß. Und weil die Demokratisierung ein geistiger Vorgang ist, kann sie einem Volk auch nicht gewaltsam von außen aufgezwungen werden; *die* Art von innerer „Befreiung“, die die Entente dem deutschen Volk zudenkt, würde sich auf der Grundlage äußerer Unterdrückung vollziehen, deren Aufrechterhaltung durch den einen und deren erstrebte Abschüttelung durch den andern Teil uns eine Militarisierung Europas brächte, neben der die Freiheit schlechterdings deplaciert wäre. Die Freiheit jedes Volkes muss sein eigenes Werk sein!

Vielleicht wird aber gerade die Notwendigkeit, zum Problem des Verhältnisses von Machtpolitik und Autokratie, von Freiheit und Sicherheit Stellung zu nehmen, die Entscheidung in den uns

bevorstehenden Kämpfen um die Demokratisierung des Staats- und Staatenlebens beschleunigen. In allen Staaten ist die Frage der Existenzsicherung auf die Tagesordnung gesetzt. Die Machtpolitiker werden verzweifelte Anstrengungen machen, um die Völker auf dem alten Weg festzuhalten, der sie in den Abgrund geführt hat und auf dem es nun einmal keinerlei Seitensprünge zu freiheitlichen inneren Zuständen hin geben darf. Auf der andern Seite lassen sich aber die Völker einfach nicht mehr länger wie unmündige Kinder behandeln, sondern fühlen sich Manns genug, um ihr Schicksal selber in die Hand zu nehmen. Es wird eine ständige Spannung geben zwischen der angeblichen „politischen Notwendigkeit“ autokratischer Regierungsformen und der „psychologischen Unmöglichkeit“, die Dinge so zu lassen, wie sie sind, und da niemand zweien Herren dienen kann, werden namentlich die freiheitlichen Parteien früher oder später vor die unausweichliche Entscheidung gestellt, entweder zugunsten der Machtpolitik auf die Erlangung voller bürgerlicher Freiheit zu verzichten oder aber die Machtpolitik fahren zu lassen und den neuen Weg einzuschlagen, der durch Freiheit auch zur Macht führt.¹⁾ Bleibt das „ancien régime“ in der äußeren Politik herrschend, bestehen die internationalen „Beziehungen“ nach dem Krieg nur in dem Antagonismus zweier riesiger Mächtekoalitionen, die sich militärisch und wirtschaftlich gegen einander aufs äußerste rüsten und auf den Krieg hin organisieren, dann wird der Friede lediglich ein gemilderter und verschleierter Belagerungszustand sein, der für die Entfaltung und das Wachstum innerer Freiheit nicht mehr viel Raum übrig lässt. Verstehen wir hingegen die Freiheit als eines unserer höchsten Güter, das wir nicht preisgeben können, ohne uns selber zu verlieren, bewahren wir ihr allen „realpolitischen“ Lockungen zum Trotz unverbrüchliche Treue, dann lohnt sie uns auch mit der Rettung unserer äußeren Existenz; denn Freiheit stammt aus dem Leben und Freiheit zeugt wieder Leben.

ZÜRICH

HUGO KRAMER

¹⁾ Welch zentrale Rolle die Klärung des Verhältnisses von Macht und Freiheit bei den künftigen inneren Auseinandersetzungen der sozialdemokratischen Parteien jedes Landes spielen wird, ist leicht einzusehen.

